Elmar Altvater

Die Zeitbombe auf dem Weltmarkt tickt

Anmerkungen zu den Krisentendenzen auf dem Weltmarkt

Die Grand Cayman-Inseln, die Bahamas, Hongkong oder Singapure sind den bundesdeutschen Ferntouristen wahrscheinlich ein Begriff. Vielleicht haben sie auch feststellen können, daß sie an diesen »paradiesischen« Plätzen mit Euroschecks zahlen können, was außerhalb Europas fast immer ausgeschlossen ist. Vielleicht haben sie sich gewundert, oder sich auch nichts dabei gedacht. Immerhin ist dies ein Zeichen dafür, daß diese fernen Gegenden an den europäischen Geld- und Kapitalmarkt, an das europäische Bankensystem angeschlossen sind. Wer die Zeitungen verfolgt, weiß noch ein wenig mehr: Diese Plätze sind sogenannte Off-shore-Zentren des Eurokreditmarktes und wichtige Scharniere im weltwirtschaftlichen Funktionsmechanismus der 70er Jahre. Während sich die Politiker im Nord-Süd-Dialog über Entwicklungsstrategien, Rohstoffabkommen, Ressourcentransfer, ordnungspolitische Grundsätze des »freien« Weltmarktes auseinandersetzen, haben sich »hinter deren Rücken«, finanzielle Nord-Süd-Beziehungen herausgebildet, die – das ist nicht übertrieben – eine Zeitbombe in sich ticken haben, die in den nächsten Jahren losgehen könnte. Und die Plätze, wo die Explosion stattfinden wird, sind neben den Zentren des Eurokreditmarkts (London, Luxemburg, Amsterdam, Frankfurt) die schönen Cayman-Inseln, die Bahamas, die fernöstlich rätselhaften Städte Hongkong oder Singapure. Die Erschütterungen der Explosion werden allerdings nicht nur in den genannten Orten zu verspüren sein.

Was ist passiert? Die Banken der Euromärkte haben in den 70er Jahren in Geld geschwommen. Die Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Industrieländern bedeutete bei generelle Investitionsschwäche eine verringerte Kreditnachfrage. Gleichzeitig stiegen die Einnahmen der Erdöl produzierenden Staaten so stark an, daß sie die Gelder nicht direkt in Produktionsmittel, Infrastruktur, Luxusgüter und Waffen umsetzen konnten, sondern zu den Eurokreditmärkten »rezyklierten«. Die Banken, selbstredend auf Profiterzielung bedacht, mußten das Geld verleihen – und gaben es mangels anderer Kunden zu einem bedeutenden Teil an Entwicklungsländer zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten oder Entwicklungsstrategien. Noch 1969 betrug der Anteil von Krediten internationaler staatlicher und suprastaatlicher Institutionen (Official Development Assistance, ODA-Kredite) an der Gesamtverschuldung der – nach UNO-Definition – 96 Entwicklungsländer 72 %. Bis 1978 ist die Verschuldung bei den privaten Banken der Euromärkte auf 51,5 % der Gesamtverschuldung angestiegen. Betrachtet man die jährliche Neuverschuldung, dann stellt man erstens fest, daß die Steigerungsraten mit jährlich über 40 % besorgniserregend hoch sind. Man findet zweitens, daß der Schuldendienst noch schneller zugenommen hat als die Neuverschuldung. Drittens stellt sich heraus, daß heute vor allem die privaten Geld- und Kapitalmärkte, d.h. die Eurobanken, die Weltmarktbeziehungen zwischen den Industrie- und Entwickluungsländern, aber auch innerhalb des Blocks der Industrieländer selbst beherrschen. Die staatliche Politik zur Regulierung der Weltmarktbeziehungen scheint in eine »subsidiäre Rolle« abgedrängt zu sein. Das private Kapital gibt den Ton an, staatliche Politik und Politik internationaler Institutionen sind angesichts dieser Tendenzen hilflos.

Die Schaffung eines Währungssystems der politischen Kontrolle

Dabei ist am Ende des zweiten Weltkriegs der Versuch gemacht worden, ein Weltwirtschafts- und -währungssystem zu schaffen, dessen Funktionsmodi der politischen Kontrolle durch die »économie dominante« der USA und die differenzierten internationalen Institutionen unterworfen sein sollten. Die Konkurrenz der nationalen Kapitale sollte geregelt verlaufen, im Rahmen von Welthandelsabkommen, in einem System fester Wechselkurse, mit internationalen Kreditvereinbarungen. Es sollte ein Abwertungswettlauf ebenso unmöglich sein wie inflationäre Prozesse oder protektionistische Abschließungen vom Weltmarkt. Die Schaffung dieses *Währungssystem der politischen Kontrolle* ökonomischer Beziehungen war die Quintessenz der Lehren aus dem Zusammenbruch des Goldstandards (genauer: des Golddevisenstandards) im Verlauf der Weltwirtschaftskrise 1931.

Der Goldstandard war ein Mechanismus, der seit dem 18. Jahrhundert im internationalen Bereich der Marktsteuerung Geltung verschaffen sollte, und dies tatsächlich zeitweise auch schaffte, indem und so lange Profit und Akkumulation in Gang gehalten werden konnten. Die Mittel, mit denen dies geschehen sollte, waren inflationäre oder deflationäre Bewegungen bei allen Preisen, einschließlich demjenigen der Ware Arbeitskraft, sofern diese von den Weltmarktbedingungen verlangt wurden. Die Offenheit des Weltmarkts und ein hoher Grad an Flexibilität nationaler Anpassungsbewegungen waren die beiden wichtigsten Bedingungen für die Funktionsfähigkeit dieses Mechanismus. Von der Offenheit profitierte Großbritanien als die »économie dominante« bis in die dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts am meisten, und der Niedergang des Goldstandards war eng verbunden mit dem Verlust an britischer wirtschaftlicher Vorherrschaft (Block 1977, 12 ff.). Mit dem Wachsen des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse und ihrer Organisierung in Gewerkschaften zerbrach eine andere Bedingung der Funktionsfähigkeit, nämlich die Flexibilität der Löhne nach unten. Hinzuzufügen ist als dritter Faktor die Bildung von Großkonzernen, Monopolen, die Rigiditäten der Preisanpassung an Marktgegebenheiten mit sich brachten. Unter diesen Bedingungen war der Versuch, nach dem Ersten Weltkrieg den Goldstandard wiederherzustellen, historisch vergeblich und zum Scheitern verurteilt. Da die Anpassungsmechanismen nicht funktionierten, wurden die Währungsbeziehungen politisch exekutiert. Aber heraus kam dann doch nur ein wechselseitiger Abwertungsprozeß der Währungen, um auf diese Weise, als es anders nicht mehr ging, nach außen die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten und nach innen die Arbeiterbewegung zu einem Verhalten zu zwingen, das den kapitalistischen Verwertungsnotwendigkeiten entsprach. Dies war 1924 bei der »Markstabilisierung«, 1925 beim Pfund Sterling und 1926 beim Franc der Fall, ebenso wie erneut nach Eintritt der großen Krise bis zur »offiziellen« Aufhebung des Goldstandards am 21. September 1931 durch Großbritannien (vgl. dazu Haberler 1976, S. 206 ff.). Mit den Anforderungen der Zahlungsbilanz ist immer schon restriktive Politik begründet worden, um die Arbeiterbewegung zu disziplinieren, »die Valuten erwiesen sich als höchst wirksamer Hebel zur Senkung des Lohnniveaus.« (Polanyi 1978, S. 306). Und eben darin lag die politische Funktion dieses scheinbar neutralen Mechanismus.

Mit dem Keynesianismus, der als ökonomisches Steuerungsprinzip die Epoche seit den 30er Jahren in verschiedenen Varianten beherrscht, wurde neben der Alternative der Arbeiterbewegungen der 20er Jahre, den Kapitalismus abzuschaffen, und der Alternative der Reaktion, die demokratischen Bewegungen zu unterdrücken und die Profitabilität des Kapitals auf diese Weise zu stützen, ein dritter Weg gewiesen: der des *staatlich vermittelten*

Kompromisses zwischen Lohnarbeit und Kapital. In der Krise der 30er Jahre stellte sich heraus, daß es nur drei Möglichkeiten innerhalb des kapitalistischen Systems gab, um nicht nur die ökonomische Krise zu überwinden, sondern auch das politisch labile Verhältnis zwischen den Klassen vorübergehend zu stabilisieren: Erstens die Stabilisierung durch eine hohe Rate von Arbeitslosigkeit, wobei sich die Bourgeoisie auf deren disziplinierende Wirkung verlassen mußte. Angesichts der gewachsenen Stärke der Organisationen der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften war dieser Weg, der von den klassischen und neoklassischen Ökonomen (zum Beispiel von A.C. Pigou) in Verkennung der neuen politischen Dimension kapitalistischer Entwicklung vorgeschlagen wurde, nicht mehr gangbar. Die zweite Alternative lief auf ein autoritäres Regime hinaus, um die Arbeiterklasse repressiv zur politischen Bedeutungslosigkeit zurückzudrängen. Die faschistischen Systeme in Deutschland, Italien und Japan werden zu den prototypischen Beispielen einer Krisenbewältigungspolitik, ohne auf die *artikulierten* Interessen der Arbeiterbewegung dabei Rücksicht nehmen zu müssen. Die dritte Methode schließlich ist diejenige des Keynesianismus, eine Art Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital, der allerdings erst in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg zum Tragen kommt. Dieser Kompromiß impliziert die indirekte Kontrolle der Marktprozesse, um einen »Produktionsumfang, bei dem Vollbeschäftigung herrscht« durch staatliche Steuerung der effektiven Nachfrage (Keynes 1936, 378) zu erreichen. Damit sollten für nicht-beschäftigtes, überakkumuliertes Kapital profitable Anlagesphären geschaffen und gleichzeitig mit dem deklarierten Ziel der Vollbeschäftigung den Interessen der Arbeiterklasse Rechnung getragen werden, wobei sogar Geldlohnsteigerungen, wenn auch nicht unbedingt Reallohnsteigerungen, möglich sein sollten. Keynes ging es mit seiner Analyse und seinen Politikvorschlägen darum, »das Übel zu kurieren bei Bewahrung von Freiheit und Effizienz« (Keynes 1936, 381). Die Fähigkeit zu dieser Steuerungsleistung kann der Staat nur erhalten, indem er als »ideeller Gesamtkapitalist« handelt und den »Schutz der Eliten vor demokratischen Kontrollen durch deren Fähigkeit, Brot und Spiele anzubieten« erreicht (Skidelsky 1979, 65). Die Bewegung des Keynesianischen Kompromisses vollzieht sich mithin zwischen zwei Polen: der Unabhängigkeit staatlicher Steuerung von dem Druck der Massenbewegungen und der ökonomischen Fähigkeit, den Interessen der Massen an Vollbeschäftigung und wachsenden Einkommen gerecht zu werden. Ohne Wachstum kann weder das eine, noch das andere erreicht werden.

Das ökonomische Wachstum wird nach dem zweiten Weltkrieg zur Basis der *politischen* Stabilität der hochentwickelten westlichen kapitalistischen Gesellschaften. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten sind die Legitimationsbasis für die gesellschaftlichen Herrschaftssysteme und konkreter noch, für die jeweiligen Regierungen. Denn ökonomisches Wachstum, also Steigerungsraten des Sozialprodukts und des Nationaleinkommens, ermöglicht gewissermaßen die Versöhnung von Ökonomie und Politik: Es macht die ökonomischen Interessen des Kapitals an (unter gegebenen historischen Bedingungen) möglichst großer Verwertung, und die Interessen der Lohnabhängigen an Lohnsteigerungen und gesellschaftlichem Einfluß miteinander vereinbar. Die modernen sozialdemokratischen Parteien nach dem zweiten Weltkrieg haben ihre Politik auf diesen »Wachstumspakt« gegründet. Wenn also ökonomisches Wachstum nicht nur Kapitalakkumulation bedeutet, sondern zugleich auch Legitimation des Systems und Befriedigung der Massen, dann folgt daraus unmittelbar die politische Notwendigkeit, den *Weltmarkt* herzustellen, da nationale Kapitalakkumulation sehr bald an Grenzen stoßen müßte.

Aber die politische Kontrolle im Innern der Länder macht die Rückkehr zum Goldstandard oder zu irgendeiner anderen Konstruktion ökonomischer Automatik auf dem Weltmarkt unmöglich. Die Welt des Keynesianismus kann nicht bei der internationalen Kapitalzirkulation enden; auch das Währungssystem muß von seiner Ausgestaltung her politische Kontrolle ermöglichen. Die Frage, *wie weit* diese Kontrolle gehen sollte, war denn auch Gegenstand der Kontroverse bei den Verhandlungen in Bretton Woods, nicht mehr die Frage, *ob* Kontrolle überhaupt ausgeübt werden sollte (vgl. Crockett 1977, Halm 1957, Salomon 1977).
Die Bedingungen für ein politisch kontrolliertes Währungssystem waren nach dem Zweiten Weltkrieg günstig. Die große Depression der dreißiger Jahre und dann der Zweite Weltkrieg hatten zu einer enormen Kapitalvernichtung geführt und so die Grundlage für einen erneuten, langen Aufschwung geschaffen. Gleichzeitig waren in den europäischen Ländern und in Japan durch die faschistischen Regime die Löhne auf ein niedriges Niveau gesenkt worden. Der Krieg hatte auch dazu geführt, daß eine neue économie dominante entstand, die im Weltwährungssystem die Kontrolle ausüben konnte, nämlich die USA. Die USA verdrängten Großbritannien als Zentrum des Weltwährungssystems. Dies ging keineswegs konfliktfrei und ohne Widerstände. Großbritannien versuchte noch bis in die 60er Jahre hinein, das Pfund Sterling als Weltwährung neben dem Dollar zu erhalten. Dieser Versuch war allerdings für Großbritannien nicht nur erfolglos, sondern hatte auch fatale Konsequenzen für die gesamte britische Wirtschaftsentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg. Wie Glyn und Suttcliffe (1972) gezeigt haben, ist ein Gutteil der britischen Malaise auf den unzeitgemäßen Versuch zurückzuführen, die alte imperiale Vormachtstellung zu erhalten, wo doch inzwischen der 'royal flash' im Weltwährungspoker bei den USA lag. Die USA waren die unangefochtene »économie dominante« und der Dollar dementsprechend prädestiniert dazu, das neue Weltgeld zu werden. Bis Anfang der 70er Jahre galt diese Rollenverteilung; mit ihrem Fragwürdigwerden ging das Stück zu Ende, das Bretton Woods geheißen hat. Ein happy end hat es nicht gegeben, wie sich noch zeigen wird.

Das Scheitern des Systems von Bretton Woods: Der Sieg des Werts gegen politische Kontrolle

Wie konnte es zu dem Zusammenbruch des wohl ausgedachten Systems zu Beginn der 70er Jahre kommen? Wir hatten gesehen, daß das Währungssystem die politische Regulierung ökonomischer Prozesse ermöglichen sollte. Wir können nun sagen, daß es an seinem Erfolg gescheitert ist. Denn tatsächlich fand nach dem zweiten Weltkrieg eine Expansion des Welthandels statt wie in der Geschichte des Kapitalismus niemals zuvor. Kapitalakkumulation aber bedeutet die Stärkung *privater* Machtzentren, und deren Handeln macht schließlich staatliche Kontrolle nahezu unwirksam. Die Staaten und die offiziellen internationalen Institutionen werden in den 70er Jahren in die schon angesprochene »subsidiäre« Rolle abgedrängt. Wir wollen diesen Prozeß etwas genauer betrachten.
Unter Bedingungen der ungleichmäßigen und ungleichzeitigen Entwicklung hatte das System von Anfang an mit Widersprüchen zu leben, die sich allerdings mehr und mehr zu schwerwiegenden ökonomischen und politischen Problemen auswuchsen. Der zentrale Widerspruch, der alle Prozesse im Weltwährungssystem steuerte, war derjenige zwischen der Funktion des *Dollar* als *nationalem Geld* und als *Weltgeld*. Generell hat Geld die Funktio-

nen des Wertmaßes, des Zirkulationsmittels, des Zahlungsmittels und, wenn man davon noch eine weitere Funktion ableitet, diejenige des Wertaufbewahrungsmittels. Dies ist im internationalen Bereich nicht anders als im nationalen. Als *Wertmaß* und *Wertaufbewahrungsmittel* konnte der Dollar aufgrund fixer Wechselkursrelationen gegenüber den anderen Währungen und gegenüber dem Gold (zu einer garantierten Konvertibilität von 35 Dollar je Feinunze) fungieren. *Zirkulationsmittel* wurde der Dollar als Währung, in der die überwiegende Zahl aller Kontrakte (Handelsgeschäfte) abgewickelt wurde. Und als *Zahlungsmittel* fungierte der Dollar, da auch die internationalen Kreditbeziehungen zu mehr als 90 % in der Dollarwährung abgewickelt wurden. Diese Funktionen kamen dem Dollar als der *Welthandelswährung* zu; daneben fungierte er aber auch als ein Mittel der nationalen Regierungen und internationalen Institutionen zur Steuerung der internationalen Währungsbeziehungen, nämlich als *Interventionswährung*, als *Reservewährung* und *Leitwährung*. Alle diese Funktionen waren letztlich abhängig von der Qualität des Dollar als einem »wertvollen« Geld. Die reibungslose Zirkulation der Waren auf dem Weltmarkt und die Eintauschbarkeit des Dollar in Gold zu einem fixierten Betrag waren lange Jahre eine Garantie für den »Wert« des Dollar, von dem seine Qualität als Maß des Wertes, als Wertaufbewahrungsmittel und letztlich auch als Zirkulationsmittel, Zahlungsmittel und im internationalen Bereich als Interventions–Reserve– und Leitwährung abhingen.
Anders als das Gold, das in Barrenform seine nationale Haut abstreifen konnte, zirkuliert der Dollar auch auf dem Weltmarkt unter dem Sternenbanner und ist folglich mit dessen Geschick auf Gedeih und Verderb verbunden. Dies hatte nicht nur zur Folge, daß das Weltgeld von der – gedeihlichen wie verderblichen – nationalen Politik der USA unmittelbar affiziert wurde. Mehr noch: Um den Dollar überhaupt als Weltgeld zu erzeugen, konnten die USA gar nicht anders als zu diesem Zweck ein permanentes Zahlungsbilanzdefizit in Kauf zu nehmen. Anders hätte der Dollar nicht aus der nationalen in die internationale Geldzirkulation hinaustreten können. Dies war für die USA allerdings keine Last, eher eine Lust. Denn der Dollar verließ die USA-Zirkulation auf seinen Reisen round the world nicht als »pfiffig ausgedachtes« Zirkulationsmittel, sondern als *Kapital*, das Profite erbrachte und sich vermehrte – außerhalb der USA. Wo der Dollar nicht als Kapital in die internationale Zirkulation kam, z.B. als Regierungsanleihe oder Hilfe, da diente er dazu, das *Macht*system zu stabilisieren, das die *Profitabilität* zu allererst des US-Kapitals, dann aber – in zweiter Linie – die Stabilität des kapitalistischen Systems überhaupt sichern sollte. So waren die Zeiten auch die besten, in denen die Interessen des US-Kapitals und des kapitalistischen Weltsystems nahezu identisch waren. Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der verschiedenen Pole des Weltmarkts untergruben diese Identität mehr und mehr. Und verstärkt wurde dieser Prozeß durch den Dollar selbst. Denn einmal als zinstragendes oder/und zu akkumulierendes Kapital freigesetzt und mit allen Mitteln die jeweils höchstprofitablen Gelegenheiten zu kleinen und großen Geschäften ausnutzend, entsteht jenseits der nationalen Zirkulation, die von den nationalen Behörden zumindest teilweise gesteuert werden kann, eine *internationale Realität* von Produktion (transnationale Konzerne) und Zirkulation (»Eurodollarmarkt«), die die ökonomische und politische Basis des Währungssystems aufweicht: Die USA als »Garantie«-macht des Währungssystems können diese Aufgabe immer schlechter wahrnehmen, da ihnen ihr eigenes nationales Geld, sobald es als Kapital die Grenzen überschritten hat, außer Kontrolle geraten ist. Und mehr noch, es überschreitet die Grenzen, um der nationalen Kontrolle gerade zu entgehen, um Restriktionen der Kapitalmobilität zu vermeiden und auf diese Weise ohne na-

tionalstaatliche Begrenzungen »fancy-free« die rentabelsten Anlagemöglichkeiten zu suchen (vgl. dazu Dufey und Giddy, 1978, S. 13 ff.).
Auch die Fixiertheit der Kurse destabilisierte mit der Zeit das System, weil sich die Kostenniveaus in verschiedenen Ländern ungleichmäßig entwickelten. Dies lag an unterschiedlichen Wachstumsraten der Produktivität, unterschiedlichen Inflationsraten und sich ungleichmäßig entwickelnden Lohnkosten. Es gelang den nationalen und internationalen politischen Kontrollinstanzen immer weniger, diese Bewegungen im Rahmen eines gleichgewichtigen Kursgefüges zu steuern.
Allerdings muß an dieser Stelle hervorgehoben werden, daß selbst unrealistische fixierte Wechselkurse längere Zeiten gehalten werden können, solange internationale Kapitalbewegungen entweder gering oder kontrollierbar sind. Beide Bedingungen verloren im Verlauf der Weltmarktexpansion an Gültigkeit. Dies zeigt ein Blick in die Datenkollonnen, die den Anstieg der Liquidität auf dem Weltmarkt anzeigen. Zunächst ist die offizielle Liquidität sprunghaft angestiegen, die das Interventionspotential internationaler Institutionen und der Nationalstaaten indizieren kann: Von rund 60 Mrd (in den 1969 geschaffenen Sonderziehungsrechten bewertet) im Jahre 1960 auf 92,3 Mrd 1970 und 260,8 Mrd im Jahre 1978. Dabei ist der Anteil des Goldes (zu 35 Dollar je Feinunze bewertet) bei etwa 35 Mrd. Dollar weitgehend gleichgeblieben. Würde man die Goldreserven zum immer höher schnellenden Marktpreis des Goldes bewerten, dann müßten sie sehr viel höher angesetzt werden. Gleichzeitig stiegen die *Devisenreserven* aller Zentralbanken von 17 Milliarden im Jahre 1955 auf rund 202 Milliarden im Jahre 1978 an. Ihr Anteil an den Gesamtreserven erhöhte sich infolgedessen von rund einem Drittel im Verlauf der 50er Jahre auf rund 40 Prozent in den 60er Jahren und dann rapide anschnellend auf fast 80 Prozent seit dem Jahre 1977. Im gleichen Zeitraum steigen die *privaten internationalen Kredite* mit hohen Wachstumsraten an, gespeist vor allem aus den USA, zu einem geringen Teil aus Großbritannien und seit Mitte der 60er Jahre in wachsendem Umfang aus dem Eurogeldmarkt. Die private Liquidität auf dem Weltmarkt steigt von rund 8 Milliarden im Jahre 1955 über 75 Milliarden 1970 und 153 Milliarden 1975 auf 233,4 Milliarden im Jahre 1977 an. (Zahlen in Milliarden Sonderziehungsrechten) Die Zahlen für sich genommen sehen enorm aus. Wenn man sie allerdings mit dem Wachstum des Welthandels (gemessen an den Weltimporten) in Beziehung setzt, dann wird man finden, daß der Anteil der privaten und offiziellen Liquiditätsreserven am Weltimport von rund 70 % 1955 auf rund 55 % im Jahre 1977 *zurückgegangen* ist. Daraus kann oberflächlich geschlossen werden, daß die Weltliquiditätsversorgung eher an Bedeutung verloren hat, nimmt man die Zeit Mitte der 50er Jahre als »Normalfall«. Jedoch wäre eine solche Interpretation voreilig. Denn es ist zu berücksichtigen, daß die Liquiditätsanforderungen unter einem System fixer Wechselkurse größer sind als in einem System flexibler Wechselkurse. Und der Ausbau des internationalen Kreditsystems setzt Liquidität für andere Zwecke als zur Finanzierung des Welthandels frei, und zwar selbst dann, wenn sich die relative Masse der Liquidität (bezogen auf den Welthandel) verringert.
Die Umstrukturierungen in der internationalen Liquidität erschließen sich in ihrer ganzen Bedeutung, wenn man die private Liquidität mit den offiziellen Liquiditätsreserven konfrontiert. 1955 machte die private Liquidität lediglich 14,7 % der offiziellen Reserven aus. 1960 waren es bereits 24,3 %; 1965 springt der Anteil auf 37,7 %, um im Jahre 1973 auf 68,5 % zu steigen. 1977 schließlich machen die privaten Liquiditätsreserven 89,5 % der offiziellen Liquiditätsreserven aus. Also wird heute rund die Hälfte der internationalen Li-

quidität von den privaten Banken bereitgestellt. »Die Koexistenz privater und offizieller Liquidität, wobei jede nach unterschiedlichen Kriterien und Zielen (die private nämlich nach einzelkapitalistischen Rentabilitätsgesichtspunkten – E.A.) gemanagt wird, ist eine relativ neue Entwicklung des internationalen Währungssystems und konstituiert eine bedeutsame Strukturveränderung dieses 'Systems'« (Biasco 1979, S. 44). Kein Wunder, daß die »das Gleichgewicht störenden Kapitalbewegungen« als »der Schurke im Stück« (Ottmar Emminger 1973) identifiziert werden. Allein in dieser Gewichtsverlagerung von »staatlichem« Geld zu »privatem« Geld auf dem Weltmarkt (das in der Form von Kapital zirkuliert) dokumentiert sich schon die Unterminierung der Möglichkeiten politischer Kontrolle innerhalb des Währungssystems. Dies zeigt sich erstmals 1964, als die Kraft der privaten Spekulation größer wird als die nationalstaatlichen Kontrollmaßnahmen, in England unter der Labour-Regierung: »Die Episode von 1964 war der Anfang einer stetigen Eskalation der Macht des kurzfristigen Kapitals, mit der die offiziellen Wechselkurse bedroht werden.« (Crockett 1979, S. 32). Keine 10 Jahre nach dieser »Episode« brach das System fixer Wechselkurse mit dem Dollar als Weltgeld endgültig zusammen.

Die Währungspolitik in den 60er Jahren läßt sich ohne Überzeichnung als eine Art vergeblichen Wettlaufs zwischen dem Wachstum privater Liquidität im Verlauf des weltweit prosperierenden Akkumulationsprozesses von Kapital und dem Versuch der offiziellen Stellen umschreiben, mit der Schaffung offizieller Liquidität »den Igel einzuholen«: Mit allgemeinen Kreditvereinbarungen zwischen den Zentralbanken wird ebenso Liquidität geschaffen wie mit der Bildung des Goldpools, zweiseitigen Swap-Abkommen zwischen Zentralbanken, der Gründung des Zehner-Clubs usw. Ohne Erfolg, das System läßt sich nicht halten. Im Gegenteil, die Möglichkeiten zur Realisierung inflationärer Preise auf dem Weltmarkt werden verbessert und in diesem Prozeß auch noch der letzte Garant für die politische Kontrolle der Weltwährungsbeziehungen aufgegeben: der seit dem zweiten Weltkrieg *fixierte Goldpreis*. Zunächst entsteht neben dem offiziellen und immer noch mit 35 Dollar je Feinunze bewertetem Währungsgold der Zentralbanken ein freier Goldmarkt. Aber auch den Wettbewerb zwischen Goldpreis auf dem Goldmarkt und »politischem Preis« des Goldes gewinnt der Markt. Man kann auch sagen: es gewinnt der *Wert* gegen das politisch manipulierte Weltgeld Dollar.

Auf dem Weltmarkt bewahrheitet sich nun ein Paradox, das Karl Marx bei der Darstellung der Geldfunktionen beschrieben hatte (1. Band, 3. Kapitel des »Kapital«): Das Geld als Maß der Werte ist nur *ideell* notwendig, während es als Zirkulationsmittel *reell* da sein muß, um zirkulieren zu können. Solange die Zirkulation reibungslos verläuft, können wertlose Zettel die Zirkulationsfunktion des Geldes ausüben. Es muß also als reeller Wert selbst gar nicht vorhanden sein. An dieser Anspruchslosigkeit des Geldes in seiner Funktion als Zirkulationsmittel liegt es, daß auf dem Weltmarkt der Dollar überhaupt Weltgeld werden konnte. Stockt jedoch die Zirkulation, dann zeigt es sich, daß das Geld als Wertmaß keineswegs ideell bleiben kann; es muß sehr reell werden. Umgekehrt ist es mit der Funktion des Geldes als Zirkulationsmittel: seine reelle Gestalt erweist sich als höchst ideell, weil – im Extremfall – niemand das selbst wertlose Papier akzeptieren will. Niemand traut dem Papiergeld, auch wenn es mit der staatlichen Einlösungsgarantie ausgestattet ist, daß es noch reellen Wert *repräsentiere*. Selbst wertvolles Geld wird gefordert und niemand begnügt sich mit der bloß ideellen Existenz des Wertmaßes. Gerade aus der Funktion des Wertmaßes läßt sich der Goldrun seit Ende der 60er Jahre begründen und die damit zusammenhängenden »Preissteigerungen« des Goldes. Daß das Gold anstatt als

Weltgeld Bedeutung zu verlieren, im Gegenteil immer wichtiger wird, ist ein weiteres Indiz für die Erosion der politischen Kontrolle der Weltmarkt- und Weltwährungsbeziehungen, ein Zeichen für die Macht der von privaten Kapitalen dominierten Märkte.

Die Verteuerung der Ölrechnung, das »Recycling« der Petrodollar und die Gefahr militärischer Interventionen

Die Herausbildung von Marktbeziehungen, die sich der nationalstaatlichen Kontrolle weitgehend entziehen und auch von den internationalen Institutionen nicht wirksam gesteuert werden können, untergräbt die Fundamente, auf denen das Währungssystem ruht: Die fixierten Kursbeziehungen der Währungen untereinander, die Interventionspotenz offizieller Liquidität, die schon quantitativ nicht mehr mit dem Umfang der privaten internationalen Geld- und Kapitalmärkte Schritt halten kann, die Grundlagen der Dominanz der USA auf dem Weltmarkt. Dies alles wäre nicht zu dem gewaltigen Problem geworden, das es zu Beginn der 80er Jahre ist, wenn nicht das kapitalistische Weltsystem in die schwerste Akkumulationskrise nach dem zweiten Weltkrieg geraten wäre. Die Expansion des Welthandels hat nachgelassen, und dies bedeutet verschärfte Konkurrenz zwischen den nationalen Kapitalen, ohne daß ein funktionierender politischer Regelungsmechanismus zur Eingrenzung des Wildwuchses dieser Konkurrenz vorhanden wäre. Daß die Expansion über die Marktautomatik allein erfolgreich angekurbelt werden könne, wird – außer in der neoklassischen Dogmatik – von niemandem ernsthaft angenommen.
In der kapitalismus-kritischen Literatur ist immer auf die Macht der multinationalen Konzerne gegenüber nationalen Regierungen verwiesen worden, was zweifellos berechtigt ist. Damit ist allerdings nur ein Teil des Problems bezeichnet worden. Die Dramatik heute ergibt sich gar nicht so sehr aus der Fähigkeit einzelner Kapitale, politischen Druck auszuüben, als aus der *Unfähigkeit* der (welt)wirtschaftspolitischen Instanzen, die Marktbeziehungen zu kontrollieren. Es ist infolgedessen in einer Periode ökonomischer Krisen kein politischer Mechanismus auf dem Weltmarkt vorhanden, der die Krisenprozesse steuern könnte, der insbesondere die mit den beiden Ölpreissteigerungen von 1973 und 1979 sich ergebenden Schwierigkeiten bewältigen könnte.
Nichts ist so problematisch, so falsch, wie eine Interpretation der Entwicklung des Ölpreises seit 1973 in Begriffen eines erratischen Schocks. Die Rede vom 'ersten' (1973/74) und vom 'zweiten Ölschock' (1979/80) verdunkelt nämlich die Tatsache, daß die Entwicklung des Ölpreises eng mit der Entwicklung des Weltgeldes Dollar und des Goldpreises verknüpft ist. Dies ist allein der Tatsache geschuldet, daß der Ölpreis in Dollar fakturiert wird und infolgedessen der reale Ölpreis mit der Inflationierung des Dollar und der relativen Wertsteigerung des Goldes negativ korreliert. Dividiert man den nominellen Preis des Rohöls durch die Exportpreise für industrielle Fertigwaren der OECD-Länder und erhält man so den realen Rohölpreis (in Preisen von 1980), dann zeigt es sich, daß dieser von 1953 bis ca. 1973 beinahe ununterbrochen gesunken ist: Von etwa 6 - 7 Dollar je Barrel (Saudi-Arabia Light) auf unter 5 Dollar je Barrel, um erst nach 1973 im Verlauf des »ersten Ölschocks« auf etwa 17 Dollar je Barrel anzusteigen.

Nicht nur der Wertverlust des Dollar ist in diesem Kontext interessant; vielmehr spielt die Beschleunigung der Inflationsrate in allen wichtigen kapitalistischen Ländern eine Rolle, die die industriellen Fertigprodukte für die Käufer in den schwach entwickelten Regionen überproportional verteuert. Hinzu kommt, daß mit der Freigabe des »Goldpreises« seit 1969 der relative Wert des edlen Metalls sprunghaft hochgegangen ist. Auch hier müssen, wie überall, *Ursache* und *Anlaß* unterschieden werden. Die generelle Ursache für die Ölpreissteigerung ist in dem Wertverlust des Dollar und der Beschleunigung der Inflationsrate sowie in den damit zusammenhängenden Preissteigerungen des Goldes zu sehen. Der Anlaß allerdings ist der israelisch-ägyptische Krieg und die Ausnutzung der veränderten politischen Kräfteverhältnisse durch die im Verlauf der kriegerischen Auseinandersetzungen vereinheitlichten OPEC-Länder.

Die Verteuerung des Rohöls betrifft sowohl die Lebenshaltung der Lohnabhängigen, und wirkt über entsprechende Lohnforderungen auf das Kapital zurück, als auch die Kosten für den konstanten Kapitalvorschuß, insbesondere da die Aufwendungen für Energie bei dem gewählten energieintensiven Wachstumstyp in den Industrieländern eine ganz entscheidende Rolle spielen. Infolgedessen machen sich die Preissteigerungen beim Erdöl, letztendlich vermittelt über den internationalen Reproduktionskreislauf, als Druck auf die Rentabilität der Kapitalverwertung bemerkbar. Nur sollte nicht vergessen werden, daß dieser Durck nicht von außen durch einen exogenen Faktor (durch den Ölschock) verursacht worden ist, sondern durch die immanenten Krisentendenzen der kapitalistischen Akkumulation auf dem Weltmarkt selbst.

Mit dieser Argumentation ist die Preissteigerung des Rohöls endogenisiert, und die Interpretation als »Ölschock« kritisiert. Doch haben die Preissteigerungen des Ölpreises eklatante Konsequenzen für die Entwicklung des Weltmarkts und des Internationalen Währungssystems in den 70er und den 80er Jahren. Dies gilt es nun darzustellen.

1. Die Ölpreissteigerungen wirken ungleich in den einzelnen kapitalistischen Ländern. Der reale Ölpreis, d.h. der nominelle Ölpreis gewichtet mit der Preisentwicklung der exportierten Industriewaren, hat sich in den einzelnen hochentwickelten kapitalistischen Ländern unterschiedlich entwickelt. Er ist für alle entwickelten Länder (die 7 mayor countries in der OECD) zwischen 1973 und 1979 um mehr als das Zweieinhalbfache angestiegen. »Dennoch variiert wegen unterschiedlicher Wechselkurse gegenüber dem Dollar die Entwicklung der Preise für importiertes Öl zwischen den Ländern in einer weiten Bandbreite.« (OECD, Economic Outlook, July 1980, S. 116).
2. Infolge der Inelastizität der Nachfrage nach Erdöl und Erdölprodukten wird ein Teil der Nachfrage, die bislang auf industrielle Produkte gerichtet war, zu den Rohölproduzenten umgeleitet. Bei stagnierendem oder nur gering expandierendem Weltmarkt bedeutet dies Nachfrage- und Produktionsausfall in industrialisierten Ländern. Die sowieso intensive Konkurrenz zwischen nationalen Kapitalen wird dadurch noch verschärft.
3. Die Umleitung der Zahlungsströme auf dem Weltmarkt drückt sich in Zahlungsbilanzüberschüssen und Defiziten aus. Von 1973 bis 1980 werden die OPEC-Länder kumulativ einen Überschuß der Bilanz der laufenden Posten von 345 Milliarden Dollar akkumuliert haben. Diesem Überschuß entspricht ein Defizit sowohl in der Welt der entwickelten kapitalistischen Länder als auch insbesondere im Bereich der nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländer. Die monetären Reserven des Weltmarkts (Weltliquidität) konzentrieren sich demzufolge mehr und mehr bei den OPEC-Ländern

und machen alle Versuche einer internationalen Gleichverteilung der Liquidität zunichte. Darin besteht denn auch das eigentliche Problem des Weltwährungssystems der 70er Jahre: nämlich nicht nur Defizite von Zahlungsbilanzen finanzieren zu müssen, sondern strukturelle Defizite und Überschüsse auszugleichen.

4. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit des *Recycling* der »Petrodollars«. Das Recycling der Petrodollars ist nicht ausschließlich als ein monetäres Phänomen zu behandeln. Zwar geht es darum, die enormen Überschüsse der OPEC-Länder wieder in die Weltmarktzirkulation zurückzuhebeln, doch wird dies langfristig nur gelingen und eine Lösung für die mit der Ölpreisexplosion zusamenhängenden Probleme bringen, wenn in Rechnung gestellt wird, daß Recycling eine Angelegenheit des *Transfers von Realressourcen* ist, wie es auch ein Transfer von Realressourcen in den 50er und 60er Jahren war, als die terms of trade sich zu Gunsten der Industrieländer und zu Lasten der rohstoffproduzierenden Länder entwickelten. Doch haben die Importe der OPEC-Länder in den 70er Jahren die Exporte niemals erreicht. Der Anteil der Importe an den Exporten sinkt nach 1973 auf knapp ein Drittel, um dann bis 1978 auf fast 70 Prozent anzusteigen, doch infolge des sogenannten zweiten Ölschocks im Jahre 1979 sinkt das Verhältnis von Importen zu Exporten bis auf 45 Prozent. Die wirtschaftspolitischen Instanzen der entwickelten kapitalistischen Länder gehen inzwischen davon aus, daß diese ungleichgewichtige Situation auch in den 80er Jahren andauern wird (vgl. beispielsweise den Economic Report of the President der Vereinigten Staaten vom Januar 1980). Infolgedessen stellt sich das *kurzfristige Problem* des *monetären Recycling* der flüssigen Mittel der OPEC-Länder in aller Dringlichkeit.

Häufig wird die Entstehung der sogenannten *Euro-Geld-Märkte* in einen Zusammenhang mit der Geld- und Kapitalanlage der OPEC-Länder gebracht. Dies ist jedoch falsch. Der Euro-Dollar-Markt entsteht zu Beginn der 60er Jahre als Konsequenz der Ende der 50er Jahre hergestellten vollen Konvertibilität der Währungen und des permanenten Zahlungsbilanzdefizits der USA; insbesondere als logische Konsequenz der Art und Weise wie es finanziert worden ist, nämlich zu einem großen Teil durch private Kapitalanlagen außerhalb der USA, die nicht wieder repatriiert worden sind. Von 1964 bis 1973, also bis zum Jahr des Ölschocks, verfünfzehnfacht sich ungefähr das Volumen der Euro-Märkte. Mit dieser quantitativen Ausweitung einher geht die institutionelle Ausdifferenzierung zu einem effizienten Bankensystem, so daß nach 1973, als die Petrodollar recycliert werden mußten, bereits Fazilitäten vorhanden waren, um den Prozeß des Recycling erstaunlich reibungslos zu bewerkstelligen. Dies wird auch immer wieder als eine besondere Leistung der Euro-Märkte hervorgehoben. In den 70er Jahren ergibt sich infolgedessen ein extrem beschleunigtes Wachstum internationaler Bankgeschäfte. Wenn man von den Daten des Morgan Guarantee Trust ausgeht, dann wächst das Auslandsanleihegeschäft der Geschäftsbanken in den wichtigen Idustrieländern von etwa 170 Milliarden Dollar Ende 1973 auf 640 Milliarden Dollar Ende 1979. Es kann aber nicht angenommen werden, daß bei diesen Kapitalmassen das recycling automatisch und problemlos durchgeführt werden kann. (OECD, Economic Outlook, July 1980, S. 126). Die Probleme sind leicht aufzulisten: Erstens und vor allem die wachsende Verschuldung einzelner Länder, insbesondere nicht-erdölproduzierender Entwicklungsländer (dazu im folgenden Abschnitt einige Ausführungen), und die damit einhergehende Gefahr eines steigenden *Länderrisikos*; zweitens die Gefahr eines wachsenden *maturity risks*, das daraus resultiert, daß die OPEC-Anlagen in der Regel *kurzfristig* bei den Euro-Banken geschehen, diese jedoch *langfristige* Kredite damit finanzieren. Zwar

haben sich die OPEC-Anlagen als »weniger flüchtig« als erwartet herausgestellt (Economic Report of the President), jedoch ist die Anlagepolitik der OPEC-Länder von den politischen Umständen in ihren Gesellschaftssystemen eindeutig bestimmt. Die innere politische Entwicklung der regional im nahen Osten konzentrierten OPEC-Länder wird nun, nachdem sie beinahe jahrzehntelang eher als exotischer Gegenstand für Haremsgeschichten in der Regenbogenpresse interessant gewesen ist, zu einem weltpolitischen Faktor ersten Ranges. Darin steckt eine, wie die jüngste Entwicklung am persischen Golf schon zeigt, ungeheure Gefahr. Nachdem durch die vergangene Entwicklung auf dem Weltmarkt die politische Kontrolle der ökonomischen Beziehungen zugunsten der privaten Akkumulation von Kapital in den Industrieländern erodiert ist, und nachdem sich herausgestellt hat, daß die Marktbeziehungen keineswegs nur günstig für die kapitalistischen Machtzentren in Westeuropa und Nordamerika sind, könnte die Neigung entstehen, die Probleme *militärisch* zu erschlagen: Die ökonomische und politische Zeitbombe wird entschärft, indem auf sie scharf geschossen wird.

Das Politikum der privaten Verschuldung an den Euromärkten

An dieser Stelle nun können wir an unseren einleitenden Bemerkungen wieder anknüpfen. Die besonderen Schwierigkeiten gegen Ende der 70er Jahre bei der Regulierung der Weltmarktbeziehungen kommen durch zwei sich wechselseitig bedingende und positiv beeinflussende Faktoren zustande, die allerdings aus der Entwicklungslogik des kapitalistischen Weltmarkts selbst entstanden sind: die immensen Summen privater Liquidität als Konsequenz der beschleunigten Kapitalakkumulation einerseits und der Überakkumulationstendenzen andererseits, die eine Rückführung des international liquiden Geldkapitals in Form von produktiven Investitionen in den Industrieländern erschweren. Verstärkt werden die Schwierigkeiten durch die – mit der Inflation in den Industrieländern begründbaren – Preissteigerungen beim Erdöl, die gewaltige Geldfonds bei den OPEC-Ländern haben entstehen lassen. Da diese weder für Importe von Industriewaren, noch für Luxusgüter und Waffen oder infrastrukturelle Einrichtungen in diesen Ländern ganz aufgezehrt werden können, werden sie *kurzfristig* als Geldkapital bei den Eurobanken (zu einem bedeutenden Teil) angelegt, deren Liquidität nun noch mehr gesteigert wird. Und diese Gelder stehen nun zur Verfügung, um vor allem auch Entwicklungsländer bei der Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten oder Entwicklungsstrategien »helfen« zu können.
Fast unbemerkt von einer breiten Öffentlichkeit hat sich hier eine neue Form von Abhängigkeit ergeben. Um nur einige Beispiele zu nennen: Im Jahre 1978 sind Brasilien mit 27,2, Mexiko mit 24.3, Indien mit 15,3, Indonesien mit 12,8, Algerien mit 12,6, Südkorea mit 11,8 (in Milliarden Dollar) verschuldet – um nur einige Großschuldner unter den Ländern der Dritten Welt zu nennen. Dabei ist der Anteil der Verschuldung bei privaten Gläubigern, d.h. insbesondere am Eurogeldmarkt, in den vergangenen Jahren immer mehr angestiegen. In Mexiko liegt 1978 der Anteil der Privatverschuldung an der Gesamtverschuldung bei 86 %, in Brasilien bei 81 %, in Venezuela bei 93 %. Die Konsequenz des Zuwachses des Anteils privater Verschuldung an der Gesamtverschuldung ist der schnellere Anstieg des Schuldendienstes gegenüber dem Anstieg der Gesamtverschuldung, denn private Kredite sind in der Regel teurer als öffentliche Leistungen. Wenn alle 96 Entwicklungsländer zusammengenommen werden, dann stieg ihre Gesamtverschuldung im Zeit-

raum von 1970 bis 1978 um 372 %, während die Schuldenlast im gleichen Zeitraum um 511 % zunahm. Dies alles wäre kein Problem, wenn zumindest der Schuldendienst aus den Exporterlösen (abzüglich der Devisenausgaben für notwendige Importe) gezahlt werden könnte. Jedoch hat sich gerade in dieser Hinsicht die Situation in den vergangenen Jahren für viele der Entwicklungsländer zugespitzt. Mexiko beispielsweise braucht 13,8 Monatsexporte, um allein den Schuldendienst bezahlen zu können. Im Klartext: Die Jahresexporte dieses Landes reichen nicht mehr aus, um die internationalen Kredite zu bedienen. Der Schuldendienst kann also nur noch aus *Neuverschuldung* finanziert werden. In einer ähnlich dramatischen Situation befinden sich noch eine Reihe anderer Entwicklungsländer. Auch die Währungsreserven dieser Länder reichen nicht hin, um Zinsen und Tilgungen zu begleichen. Die Deutsche Bundesbank resümiert daher in ihrem Jahresbericht 1979, daß sich »infolge der erneuten Ölpreisexplosion, des Anstiegs der Marktzinsen auf mehr als das Doppelte seit ihrem Tiefpunkt im Jahre 1977 sowie mit den rückläufigen Laufzeiten und geringeren tilgungsfreien Zeitspannen für neue Kredite seit Ende 1979 die Lage merklich verschlechtert hat. Einzelne Länder sind daher ihren Verschuldungsprozessen inzwischen gefährlich nahegekommen.« (Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1979, S. 51)

Diese enorme Zunahme der Verschuldung bei privaten Banken steht in einem krassen Gegensatz zur Situation in den 50er und 60er Jahren, in denen die Entwicklungsländer ihre Entwicklungsstrategien und Zahlungsbilanzdefizite vorwiegend entweder durch *Direktinvestitionen* oder *offizielle* Darlehen finanzierten. Jedoch bedienen sie sich heute trotz der ungünstigeren Kreditbedingungen (höhere Zinsen) bei den privaten Märkten, nicht zuletzt auch wegen der rigiden Auflagen, die internationale Institutionen wie IWF oder Weltbank den Kreditnehmerländern erteilen (vgl. dazu Z.B. Payer, 1974, Tetzlaff, 1980). Hinzu kommt der angesichts der strukturellen Zahlungsbilanzdefizite extrem gewachsene Finanzierungsbedarf, der durch die offiziellen Stellen allein gar nicht mehr befriedigt werden kann. Es wird dem privaten Eurobankensystem (z.B. vom Coucil of economic Adviser des US-Präsidenten, aber auch vom westdeutschen Sachverständigenrat) hoch angerechnet, daß es in den 70er Jahren die Aufgabe des »Recycling« der Liquidität von den Überschußländern zu den Defizitländern weitgehend reibungslos bewerkstelligt habe. Dieses Urteil ist nur auf kurze Sicht richtig. Mittel- und erst recht längerfristig hat diese Art des »Recycling« Probleme eher weiter aufgetürmt, die nun abzutragen sind. Angesichts verlangsamten Wachstums des Welthandels sind die Möglichkeiten der Schuldnerländer, durch steigende Exporterlöse den Schuldendienst zu leisten und die Verschuldung zu reduzieren, eingeengt, zumal die Industrieländer, jedes für sich, ebenfalls versuchen, die durch die Ölrechnung entstandenen Zahlungsbilanzdefizite mit Hilfe forcierter Exporte zu verringern. Und bei zunehmender Konkurrenz auf den internationalen Märkten sind die Entwicklungsländer wahrscheinlich nicht die durchsetzungsfähigsten Teilnehmer. Es ist also nicht unrealistisch, daß das *Länderrisiko* bei der privaten Kreditvergabe in Zukunft größer wird. Für die Entwicklungsländer selbst ergeben sich aus der enorm hohen Verschuldung bedeutsame Probleme für die innere Entwicklung. Die internationalen Institutionen haben immer an die Kreditvergabe formelle Bedingungen geknüpft, die allesamt auf marktwirtschaftliche Öffnung und Kapitalakkumulation und d.h. den Abbau sozialer Leistungen hinausliefen (vgl. dazu die Artikel über Jamaica und die Türkei in diesem Heft). Private Kreditgeber haben solche formellen Auflagen kaum gemacht; in der Konsequenz läuft die Abhängigkeit der Kreditnehmerländer von der Außenverschuldung jedoch auf denselben

regressiven politischen Kurs hinaus. Denn der Zwang, alle Ressourcen für die Bedienung der äußeren Verschuldung zu mobilisieren, transformiert sich sehr leicht in politische Repression. Es besteht eine Affinität zwischen äußerer Abhängigkeit und innerer autoritärer Militarisierung der Gesellschaft. Doch auch für das internationale Kreditsystem und die entwickelten Industrieländer ist diese Struktur keineswegs unproblematisch. Ein Schuldner, der auch durch noch so rigide Auflagen mangels Masse nicht zum Zahlen gezwungen werden kann, ist in einer starken Position, von der aus über die Kreditierungsbedingungen neu verhandelt werden kann. Geschieht dies nicht nur vereinzelt, sondern werden mehrere Länder oder auch nur ein Großschuldner in diese Lage gelangen, dann kann dies zu schlimmen Konsequenzen für die Eurobanken führen. Dies auch deshalb, weil die Kredite, wie schon erwähnt, von den Eurobanken in der Regel langfristig vergeben werden, obwohl die OPEC-Länder sie nur kurzfristig an den Euromärkten angelegt haben. Es ist möglich, daß das »maturity risk« bei den Euroanlagen in Zukunft nicht mehr bedeutungslos sein wird wie noch der Council of economic advisers des US-Präsidenten für die vergangenen Jahre schreibt.

Diese Annahme wird auch noch durch die Anlagenpolitik der OPEC-Länder bestärkt. Deren Verhalten auf den internationalen Finanzmärkten ist nicht zuletzt von den inneren Entwicklungen in diesen Ländern abhängig. Als sich der Irak auf den Krieg gegen den Iran vorbereitete, wurden zu allererst die irakischen Goldbestände aus Zürich nach Bagdad zurückgeflogen. Und als die Auseinandersetzung zwischen dem Iran und den USA über das Schahvermögen und die Geiseln im November 1979 einem Höhepunkt zustrebten, da versuchte der Iran, seine Anlagen aus den USA abzuziehen. Die USA haben dies administrativ verhindert, da durch eine solche Aktion wahrscheinlich der Dollarkurs gefallen wäre, der gerade stabilisiert worden war (durch die Restriktionsmaßnahmen des Federal Reserve Board vom Oktober 1979). Aber es ist klar, daß solche Zugriffe auf fremdes Vermögen durch die USA oder andere Länder mit Europlätzen nicht die Regel werden können, ohne das System der Euromärkte mit einem blow up hochgehen zu lassen. Die Zeitbombe tickt, sie muß mit Vorsicht behandelt und entschärft werden.

Doch wird hier ausschnitthaft deutlich, daß die von uns beschriebene »Privatisierung« des Weltmarkts und des internationalen Währungssystems längst offenkundig zu einem *Politikum* ersten Ranges geworden ist. Es ist auch klar, daß die Rolle der politischen Instanzen zur Kontrolle dieser Beziehungen gegenüber der Macht privater Kapitale und Kreditbeziehungen gestärkt werden muß. Dies ist eine allgemeine Einsicht; nur ist äußerst fragwürdig, wie sie realisiert werden kann. Denn hier geht es nicht um den besten technisch-ökonomischen Mechanismus, sondern um politische Interessen, die nun einmal gegensätzlich sind; so gegensätzlich, daß, wie schon angedeutet, auch militärische Aktionen nicht mehr ausgeschlossen sind.

Die Anstrengung, beim »Recycling« von Realressourcen möglichst wenig zu verlieren

Militärische Interventionen sind für alle Beteiligten riskant. Daher sind diese immer nur »ultima ratio«, wenn auch durch forcierte Aufrüstung und die Konstruktion regionaler Bündnisse, die Errichtung von Militärstützpunkten und die militärische Stützung von »be-

freundeten« Regierungen oder Gruppierungen der mögliche Krieg vorbereitet wird. Die am meisten von diesen »friedensichernden« Anstrengungen betroffenen Regionen sind gegenwärtig die Länder des nördlichen indischen Ozeans und der Karibik.

Doch die kapitalistischen Industrieländer verfolgen nicht nur diese Strategie; sie versuchen, dem Problem ihrer eigenen Zahlungsbilanzdefizite gegenüber den OPEC-Ländern ökonomisch beizukommen. Hierbei versucht zunächst jedes Land für sich, »die Haut zu retten«, bevor konzertierte, weltpolitische Aktionen gegen die Krisentendenzen auf dem Weltmarkt zustandekommen. Gegen die Zahlungsbilanzdefizite, die mit insgesamt 80 Mrd. Dollar im Jahre 1980 im OECD-Bereich zu Buche schlagen (davon entfallen 16 Mrd Dollar auf die BRD, 14,5 Mrd Dollar auf Japan, auf die EG-Länder insgesamt etwa 40 Mrd Dollar), hilft nicht mehr das Mittel der Währungsabwertung wie noch in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts. Denn da bei einer Währungsabwertung die Importe verteuert werden, steigen entsprechend die Erdölpreise, was die Produktionskosten bei einem hohen Grad von Energieabhängigkeit steigert. Statt dessen versuchen alle Länder, das Kostenniveau der Produktion durch eine Politik der Reduzierung des Staatsanteiles am Bruttoinlandsprodukt und der Lohnstückkosten zu senken. Wir haben diese Strategie grob zusammenfassend als die Tendenz zu einer *Austerity-Politik* in Westeuropa bezeichnet (Altvater 1978). Restriktive Wirtschaftspolitik und eine »angebotsorientierte«, auf Erhöhung der Produktivität zielende Wirtschaftspolitik begründen sich also keineswegs allein aus »neuen« wirtschaftspolitischen Paradigmata des Monetarismus, der Neoklassik, der »supply-side economy« (vgl. dazu den Aufsatz von Semmler in diesem Heft), sondern aus der Konstellation der einzelnen Länder in einer veränderten kapitalistischen Welt Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre. Die wirtschaftspolitischen Strategien der nationalen Krisenüberwindung stehen in einem engen Zusammenhang mit den schon angedeuteten Problemen des »Recycling«, die sich eben länderspezifisch als Probleme mit der defizitären Zahlungsbilanz darstellen.

Die Leistungsbilanzdefizite dürften – wie auch der SVR schreibt – noch einige Jahre andauern. Sie können aber nur abgebaut werden, wenn entweder die *Exporte* vor allem in die OPEC-Länder gesteigert werden können, oder »Besitztitel« in die OPEC-Länder exportiert, d.h. *Kapital importiert* wird, oder die *Goldreserven* transferiert werden. Kurzfristig sind natürlich noch viele weitere Möglichkeiten zur Finanzierung der Defizite gegeben wie kurzfristiger Kapitalexport oder auch eine durch internationale Institutionen vermittelte weitere Verschuldung z.B. in Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds (oder möglicherweise auch in ECU des europäischen Währungsfonds). Bislang funktionierte das »Recycling« auch deshalb so gut, weil die OPEC-Länder ebensowenig wie die Erdöl importierenden Länder eine gundsätzliche Lösung des Problems des Ressourcentransfer anstrebten. Ihre Geldanlagen (der Petrodollars) waren hauptsächlich kurzfristig, aber dennoch nicht flüchtig, so daß das europäische Bankensystem auf diese kurzfristigen Einlagen durchaus langfristige Kredite zu verteilen vermochte – und damit bei höheren Zinsdifferenzen höhere Gewinne einstreichen konnte. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß dieser Mechanismus auf Dauer funktionieren wird.

Der Übergang zu langfristigen Kapitalanlagen – Portfolio- und Direktinvestitionen der OPEC-Länder in den Industrieländern – könnte das Problem des Realressourcen-Transfers lösen, würde allerdings keineswegs krisenfrei für die Industrieländer ablaufen. Denn die Kurswerte der Wertpapiere würden beeinflußt und damit die Renditen mit Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit.

Ressourcentransfer durch Zunahme von Exporten ist allerdings an der – nicht monetären, sondern realen – Importkapazität vieler OPEC-Länder begrenzt (vgl. Jahresgutachten des SVR 80/81, Ziff. 20,161). Nach der ersten Ölpreissteigerung 1974 steigen die Exporte (z.B. der BRD) in die OPEC-Länder rapide an (um über 70 v.H.); nach der zweiten Ölpreissteigerung sanken sie zunächst sogar ab (um ca 20 v.H.). Aber dennoch liegt hier die einzige Möglichkeit, bei nicht bedeutsam reduzierbarem Ölverbrauch und verschlechterten terms of trade zwischen Industriewaren und Erdöl den Ressourcentransfer in Angriff zu nehmen. Auch dieser Prozeß dürfte keineswegs widerspruchslos auf längere Sicht bleiben: denn sollten die Ölländer im Zuge der Importsteigerung aus den Industrieländern eine eigene industrielle Basis aufbauen, dann dürfte in Zukunft die Konkurrenz auf dem Weltmarkt für die Produkte der Industrieländer noch weiter zunehmen und weitere Branchen in Schwierigkeiten bringen. Man kann unter diesen Umständen die These begründet aufstellen, daß die angebotsorientierte Politik zur Verbesserung der Produktivität auch mit dieser »neuen« Weltmarktkonstellation zu tun hat. Zwei Gesichtspunkte werden hier wesentlich. Der erste ergibt sich aus einer *werttheoretischen* Überlegung: Wenn durch Hebung der Produktivität der Arbeit industrielle Waren mit – im Vergleich zu anderen Anbietern von Industriewaren auf dem Weltmarkt – vergleichsweise geringerem Arbeitsaufwand hergestellt werden können, dann wird – in Arbeitseinheiten ausgedrückt – der Realressourcentransfer aus dem Land mit der überdurchschnittlichen Produktivität geringer sein als derjenige aus anderen Ländern. Denn sind die Weltmarktpreise für Industriewaren gegeben, ist der Ressourceninput in die Industriewaren aber von der Produktivität der Arbeit abhängig, dann ist der Ressourcentransfer bei Exporten der Industriewaren tatsächlich eine Funktion der Produktivität generell und der relativen Produktivitäten speziell. Natürlich kommen hier viele interferierende Momente ins Spiel, wie die Lohnentwicklung, die Beeinflussung des Preisniveaus durch inflationistische Prozesse, der Grad der Marktbeherrschung durch die nationalen (und transnationalen) Konzerne etc.
Der zweite Gesichtspunkt bezieht sich auf die *Konkurrenz*, in die die Erdöl verbrauchenden Länder durch die Preissteigerungen beim Erdöl geraten sind. Zwar gilt für den gesamten Block der Erdöl importierenden Länder, daß sie ein aggregiertes Defizit der Leistungsbilanz mit den OPEC-Ländern aufweisen. Doch ist es durchaus möglich, daß *einzelne Länder* durch besondere Exportanstrengungen nicht nur in die OPEC-Länder, sondern auch auf anderen Märkten ihr Defizit erfolgreich zu überwinden versuchen. Großbritanniens Überschuß von 1980 ist wesentlich auf Importdrosselung infolge der Rezession und eigener Ölvorkommen in der Nordsee zurückzuführen. Generell kommt eine Importdrosselung durch Abwertungspolitik oder protektionistische Maßnahmen allerdings kaum in Frage. Und folglich bietet sich als eine wirtschaftspolitische Strategie tatsächlch an, auf dem Feld der Exporte eine *komparativ* günstige Lösung des Ressourcenrecycling, und zwar für ein einzelnes Land oder eine Ländergruppe, zu erreichen. Die wirtschaftspolitischen Anstrengungen in den kapitalistischen Industrieländern gehen denn auch genau in diese Richtung. Die Versuche der Begrenzung der Lohnstückkosten, der Erhöhung der Produktivität, der »Modernisierung der Volkswirtschaft« in der BRD oder der »Erweiterung der produktiven Basis« in Italien oder der »Re-Industrialisation« in den USA und in Großbritannien können in diesem Rahmen interpretiert werden. Der Bedeutungszuwachs der »angebotsorientierten« Wirtschaftspolitik, über den Willi Sammler in seinem Aufsatz in diesem Heft referiert hat, läßt sich also noch einmal mit den in den 70er Jahren verschobenen Weltmarktstrukturen begründen.

Allerdings ist diese Politik im internationalen Rahmen betrachtet nichts anderes als eine moderne Variante der »beggar-my-neighbour«-Politik, die nicht geeignet ist, für alle Länder die entstandenen Probleme zu lösen. Daher wird auch keineswegs eine Stabilisierung der Situation ihre Folge sein.

Die geschilderte Restriktionspolitik wird in der einen oder anderen Version in allen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern durchgeführt, sie ist Ausdruck der generellen konservativen Offensive auf dem Weltmarkt, in der Weltpolitik der 80er Jahre. Die Gefahr dieser Tendenzen besteht nicht nur darin, daß die gesellschaftliche Synthesis, die, wie wir zu zeigen versucht haben, in den ersten Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg durch einen, wie auch immer fragilen staatlich vermittelten Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital reproduziert worden ist, nun mehr und mehr durch Disziplinierung, Repression, autoritäre politische Herrschaftsformen erzwungen werden soll. Sie besteht auch darin, daß außenpolitisch eine aggressivere Haltung überhand nimmt und den Weltfrieden gefährdet. Mehr noch: restriktive mit konservativer Ideologie unterlegte Politik in den entwickelten kapitalistischen Ländern zwingt den Ländern der dritten Welt eine ähnliche Politik nachgerade auf, begünstigt zumindest ein Klima, in dem ebenfalls konservative Tendenzen gestärkt werden. Der Export monetaristischer Wirtschaftspolitik und ihrer Vertreter aus Chicago in die lateinamerikanischen Ländern ist dafür ebenso bezeichnend wie der Jubel von »Newsweek« (1. Sept. 1980) über die marktwirtschaftliche Öffnung Lateinamerikas oder die Renaissance so konservativ-reaktionärer Fossilien wie F.A. von Hayek. Diese ideologisch-herrschaftliche Seite der geschilderten weltwirtschaftlichen Prozesse kann in ihrer politischen Bedeutung kaum unterschätzt werden. Dabei ist es offenbar, daß für die Länder der dritten Welt absolut keine Chance besteht, auf diesem Politik-Feld mit den industrialisierten Ländern konkurrieren zu können. Und wenn es dem einen oder anderen Land gelingt, auf den Märkten für industriell erzeugte Waren – aufgrund niedriger Löhne, spezialisierter Fertigungen, niedriger Steuern – wettbewerbsfähig zu sein oder zu werden, dann ist anzunehmen, daß die entwickelten kapitalistischen Länder ihre inneren Märkte protektionistisch abschotten. Der ehemalige Präsident der Weltbank McNamara hat denn auch in den vergangenen Jahren keine Gelegenheit ausgelassen, um über die Zunahme der protektionistischen Tendenzen in der Welt Klage zu führen. Es sieht tatsächlich so aus, als ob es für die Nicht-OPEC-Entwicklungsländer kaum eine Chance gibt, ihre in der Zunahme der Verschuldung zum Ausdruck kommenden wirtschaftlichen Probleme zu lösen, solange sie innerhalb des gegenwärtigen Weltmarkt-Kontextes verbleiben. Sich davon abzukoppeln, wirft aber ebenfalls Probleme auf. Das Dilemma ist perfekt, die Zeitbombe tickt weiter.

Wenn aber die Restriktionspolitik in den industrialisierten Ländern dem identischen Ziel folgt, die Lohnstückkosten zu begrenzen – und zwar durch angebotsorientierte Politiken zur Erhöhung der Produktivität und durch die lohnbegrenzenden Verteilungswirkungen geldpolitischer Restriktionen – , dann kann diese Politik in einem regionalen Bereich sozusagen internationalisiert werden. Dies genau geschieht in den 70er Jahren durch die Regionalisierung von politisch regulierten Währungsbeziehungen im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS), das wir als einen – regional beschränkten – Versuch umschreiben wollen, die dargestellten Krisentendenzen in den Griff zu bekommen.

Die Angleichung wirtschaftspolitischer Grundbedingungen in Westeuropa und in den USA ist die Basis für die Schaffung des Europäischen Währungssystems. Gleichzeitig wird mit dem EWS der Versuch unternommen, die »Konvergenz der Wirtschaftspolitik« in West-

europa zu konsolidieren; es stellt mit seinen Funktionsmechanismen einen Zwangszusammenhang dar, dessen Sachzwängen sich die nationalstaatliche Wirtschaftspolitik kaum zu entziehen vermag. Dies ist bei der Inangriffnahme des EWS 1978 und 1979 von den Wirtschaftspolitikern eindeutig bestätigt worden.
Die Deutsche Bundesbank ist der Auffassung, daß für die Notenbanken die Regeln des Wechselkursverbunds »... inzwischen zu einem willkommenen disziplinierenden Datum der Wirtschaftspolitik geworden (sind), auf das sie nicht verzichten wollen« (Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank, März 1978, 201). In der Financial Times heißt es beispielsweise über Italien: »(Die Deutschen) sind insbesondere von dem Wunsch der italienischen Regierung beeindruckt, die Mitgliedschaft im Währungssystem dazu zu nutzen, zu Hause Disziplin durchzusetzen« (27. Oktober 1978). Und in der Zeitung »La Repubblica« wird vermutet, daß in Italien »eine starke europäische Strömung darauf hofft, daß ein Beitritt zum EWS die Gewerkschaften zu Verhaltensänderungen und die Regierung zu einer Senkung der Staatsausgaben zwingen würde« (8.11.1978). Der Gouverneur der Banca d'Italia, Carlo A. Ciampi, hat erst im Oktober 1980, vor mehr als 500 Bankern und Exponenten des Finanzlebens diese Rolle des EWS bestärkt. Mit den Regeln des EWS im Hintergrund kann die Banca d'Italia nur restriktive Politik betreiben und diese mit dem Verweis auf die Regeln des EWS gegenüber allen Ansprüchen auf expansive Politik und eine entsprechende Währungsabwertung verteidigen. Der Spielraum für expansive Beschäftigungspolitik kann auf diese Weise bedeutsam eingeengt werden. Darin scheint der Grund des Interesses westeuropäischer Regierungen an der Schaffung des EWS zu liegen: nämlich die nationstaatlichen Austerity- und Restriktionsmaßnahmen international abzusichern und die Regeln des EWS gegen die beschäftigungspolitischen Forderungen der Gewerkschaften zu wenden, da bei deren Verwirklichung gefürchtet wird, die internationale Konkurrenzfähigkeit beim »Kampf der feindlichen Brüder« um einen möglichst geringen Anteil beim Transfer der Realressourcen zu schmälern.
Bei dieser Betrachtung zeigt es sich auch, daß das EWS, das formal nach ähnlichen Regeln funktioniert wie das Bretton Woods System (Vgl. zur technischen Funktionssweise des EWS: Schröder 1979 und Monatsberichte der deutsche Bundesbank, März 1979), dennoch eine ganze andere Zielbestimmung hat. Das Bretton Woods System war der internationale Ausdruck von keynesianisch-inspirierter Wachstumspolitik, ein System zur politischen Kontrolle der Expansion des Weltmarkts. Das regionale EWS hingegen ist der Versuch, Restriktionspolitik nationaler Staaten zu koordinieren und gegen die inneren Kräfte der Arbeiterbewegung zu wenden, die – wie noch unter den Bedingungen der Existenz des keynesianischen Klassenkompromisses – auf Vollbeschäftigung und Einkommenszuwächse und möglicherweise gar Umverteilung zugunsten der Lohnabhängigen pochen. Es ist im strikten Sinne nichts anderes als der institutionalisierte Ausdruck der Kapitulation vor den Marktkräften, vor der Dominanz der Verwertung von Kapital gegenüber allen politischen Ansprüchen, diese im Rahmen eines Wachstumspakts zu zähmen.
Ganz zweifellos steigt mit der Internationalisierung von Austerity die Kapazität der beteiligten Länder und ihres Kapitals, auf dem Weltmarkt komparative Vorteile zu erzielen – wenn auch nicht für alle beteiligten Nationen gleichmäßig und gleichzeitig. Jedoch wird damit keines der hier diskutierten Probleme gelöst. Eine Lösung müßte sowohl das Problem des Recyclig der Öldollars, als auch die immense Verschuldung der Entwicklungsländer umfassen, und zwar indem die politischen Interventionspotentiale gegenüber den privaten Kapitalen, insbesondere gegenüber den Eurogeld- und -kapitalmärkten, gestärkt

werden; indem in den weltwirtschaftlichen Beziehungen den Interessen an wirklicher Entwicklung von Ökonomie und Gesellschaft in den Ländern der dritten Welt (also nicht unbedingt den Interessen der herrschenden politischen Eliten) nachgegeben wird, und natürlich, indem alles getan wird, um die Tendenzen zu einer militärischen Zerschlagung der genannten Probleme gestoppt werden.
Allerdings ist eine Lösung in diese, nur angedeutete Richtung nicht in Sicht. Sie muß aber weiter gesucht werden. Denn so wie bisher kann es keine zehn Jahre weitergehen...

Literatur

Elmar Altvater (1978), *Politische Implikationen der Krisenbereinigung – Überlegungen zu den Austerity-Tendenzen in Westeuropa*, in: PROKLA 32, 1978

Salvatore Biasco (1979), *L'Inflazione nei paesi capitalistici industrializzati*, Milano 1979

Fred L. Block (1977), *The Origins of International Disorder*, Berkeley, Los Angeles, London 1977

Andrew Crockett (1977), *International Money-Issues and Analysis*, Middlesex, Nairobi, Melbourne, Ontario, Lagos 1977

Gunter Dufey und Ian H. Giddy (1978) *The international Money Market*, Englewood Cliffs 1978

Ottmar Emminger (1977), *Inflation and the international Monetary System*, 16.6.73, The Per Jacobsson Foundation (nach Solomon 1977)

Andrew Glyn und Bob Sutcliffe (1972), *Die Profitklemme*, Rotbuch 121, Berlin 1974

Gottfried Haberler (1976), *Die Weltwirtschaft und das internationale Währungssystem zwischen den beiden Weltkriegen*, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1976-1975, Frankfurt am Main 1976

Georg N. Halm (1957), *Geld, Außenhandel und Beschäftigung*, München 1957

John Maynard Keynes (1936), *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London 1936

Cheryl Payer (1974), *The Debt Trap, The International Monetary Fund and the Third World*, New York, London 1974

Karl Polanyi (1978), *The great Transformation*, Frankfurt/Main 1978

Robert Skidelsky (1979), *The Decline of Keynesian Politics*, in: Colin Crouch (Ed), *State and Economy in Contemporary Capitalism*, New York 1979

Robert Solomon (1977), *The International Monetary System* 1945-1976, New York, Hayerstown, San Francisco, London 1977

Rainer Tetzlaff (1980), *Die Weltbank. Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer?*, München und London 1980